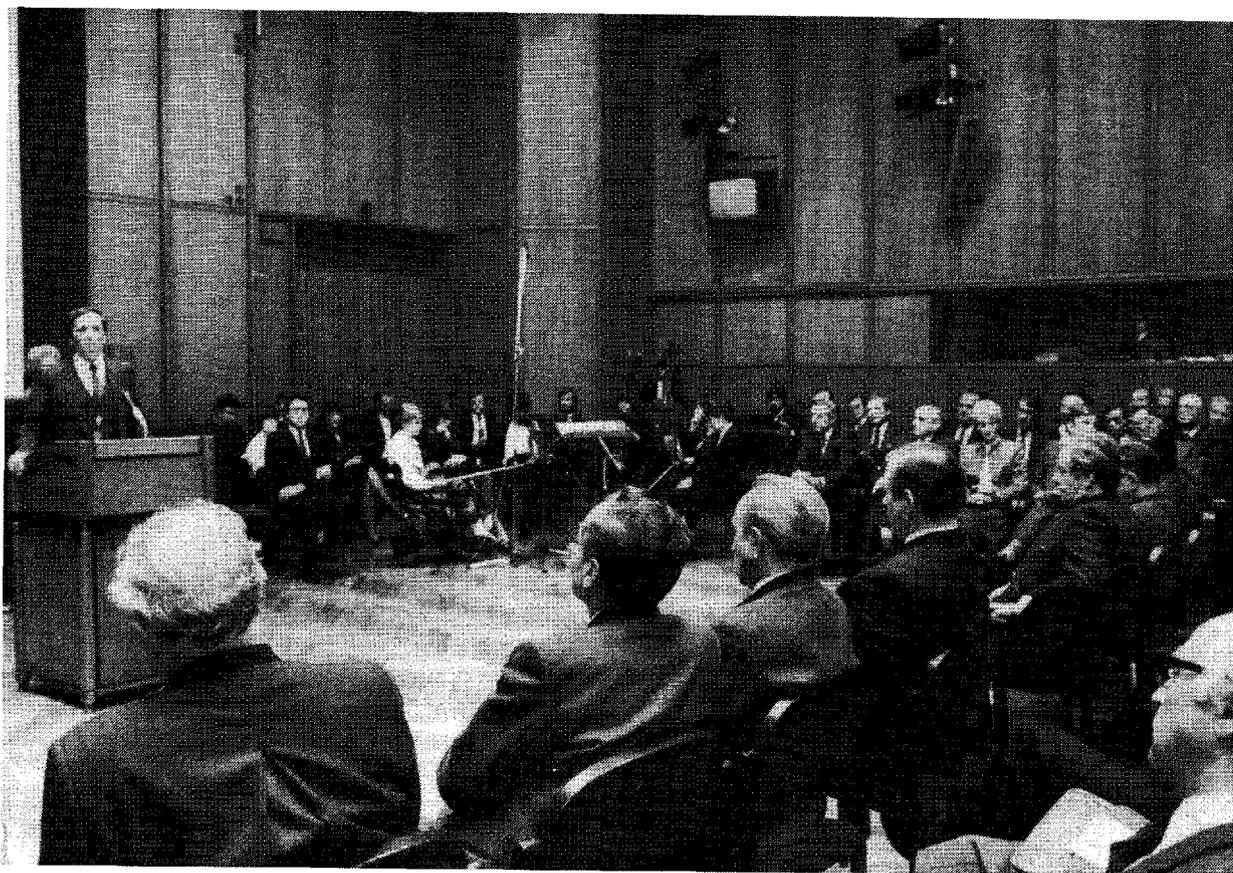


Stenographischer Bericht

Gedenksitzung des Steiermärkischen Landtages

X. Gesetzgebungsperiode — 27. April 1984

Gedenksitzung des Steiermärkischen Landtages vom 27. April 1984 in Erinnerung der tragischen Ereignisse des Jahres 1934 und der Wiedererrichtung der Republik am 27. April 1945



Inhalt:

Hymnus von Christoph Willibald Gluck, gespielt von einer Instrumentalgruppe der Grazer Philharmoniker unter der Leitung von Diplomkapellmeister Prof. Heimo Smola.

Eröffnung und Begrüßung durch den Herrn Landtagspräsidenten Komm.-Rat Franz Feldgrill.

Ansprachen:

für den Klub der Freiheitlichen Partei Österreichs, Herr LABg. Mag. Ludwig Rader;

für den Klub der Sozialistischen Partei Österreichs, Herr LABg. Dr. Dieter Strenitz;

für den Klub der Österreichischen Volkspartei, Herr LABg. Univ.-Prof. Dr. Bernd Schilder.

Landeshymne, gespielt vom Orchester.

Beginn: 10 Uhr.

(Hymnus von Christoph Willibald Gluck, gespielt von einer Instrumentalgruppe der Grazer Philharmoniker unter der Leitung von Diplomkapellmeister Prof. Heimo Smola.)

Präsident Komm.-Rat Feldgrill: Ich eröffne die Gedenksitzung des Steiermärkischen Landtages.

Im Namen der Damen und Herren des Hohen Hauses begrüße ich die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Krainer an der Spitze.

Ich begrüße den hochwürdigsten Herrn Generalvikar Mag. Leopold Städtler in Vertretung des Herrn Diözesanbischofs Johann Weber, ebenso von der evangelischen Kirche Herrn Superintendenten Mag. Günther Matthias Rech.

Ich begrüße den Herrn Bürgermeister der Landeshauptstadt Graz, Dipl.-Ing. Franz Hasiba, mit seinen Stellvertretern und mit den Mitgliedern des Stadtsenates.

Herzlich begrüßt seien auch die Abgeordneten zum Nationalrat und die Mitglieder des Bundesrates.

Ich begrüße ganz besonders herzlich meinen Amtsvorgänger im Hohen Haus, den Präsidenten des Kuratoriums des Landesmuseums Joanneum, Herrn Univ.-Prof. Dr. Hanns Koren.

Es ist eine Auszeichnung, die Magnifizenzen und Spektabilitäten der steirischen Hochschulen und die Herren Vertreter des in Graz akkreditierten konsularischen Korps sowie die Präsidenten und Leiter der in Graz amtierenden Bundesbehörden, die Vertreter des Österreichischen Bundesheeres, die Spitzen der Interessensvertretungen und auch die hohe Beamtenschaft des Landes Steiermark in unserer Mitte willkommen zu heißen.

Weiters begrüße ich die Vertreter von Presse und Rundfunk und alle hier anwesenden Festgäste, insbesondere jene, die diese schwere und schicksalhafte Zeit erlebt und in den letzten Jahrzehnten in unserem Lande die Verantwortung mitgetragen haben.

Hohes Haus!

Geschätzte Ehrengäste, verehrte Damen und sehr geehrte Herren!

In den vorbereitenden Gesprächen der drei Parteien des Landtages wurde vereinbart, daß als Redner in der heutigen Gedenksitzung die verantwortlichen Vertreter der drei Klubs zu Worte kommen sollten. So ist Gewähr dafür gegeben, daß die Vielfalt der Auffassungen über die Ereignisse vor 50 Jahren ausgesprochen wird. Unsere Hoffnung ist es auch, daß in der Verschiedenheit der Meinungen das eine Gemeinsame nicht nur nicht verschwiegen, sondern als die jedem demokratisch gesinnten Mitbürger auferlegte Verpflichtung anerkannt und versprochen wird: Die Freiheit des offenen Wortes muß gesichert sein, darum muß es auch eindeutig und ohne heimliche Hintergedanken sein;

der Wille der Zusammenarbeit muß im gegenseitigen Vertrauen seine Bestätigung finden;

und die vom Volke gewählten Vertreter, die vornehmlich für den Frieden im Lande zu sorgen haben, dürfen einander nie und nimmer als Feinde gegenüberstehen.

Die drei Herren Abgeordneten, denen ich das Wort erteilen werde, gehören der Generation an, die immer mehr in die volle und ganze Verantwortung für das Land hineinwächst. Alle drei haben im Jahr 1934 noch nicht gelebt. Was sie von dieser Zeit wissen, haben sie vom Hörensagen her oder aus der Mitteilung von Menschen, die als Beteiligte oder Betroffene um die Auseinandersetzungen — Bruder gegen Bruder — einbezogen waren, oder auch aus Büchern und Zeitungen, die zu bestimmten Anlässen an das für Österreich so schicksalhafte Jahr erinnern. Es soll und darf nicht vergessen werden, was damals geschah. Es soll auch nicht verdrängt werden, als ob es nicht geschehen wäre. Aber wenn uns die Ereignisse, die Geschichte ge-

worden sind, eine Lehre werden und bleiben sollen, dann gilt es, eine ernste Gewissensforschung anzustellen, was in Wort und Tat in den Jahren von 1918 bis 1934 geschehen und unterlassen worden ist, so daß in einem Land, das von vielen gar nicht gewollt war, schließlich Parteien mit Kriegsmaterial ausgerüstet wurden und einander gegenübergestanden sind und blutige Kämpfe geführt haben.

Wir ehren heute in aufrichtiger Gesinnung die Opfer, die auf beiden Seiten gefallen sind. Und wir können glücklich feststellen, daß Männer, die aus der Geschichte gelernt haben, ehemalige Gegner, am 27. April 1945 die Zweite Republik gegründet und aus dem Trümmerhaufen des Jahres 1945 ein neues Österreich aufgebaut haben und daß der 15. Mai 1955 nicht nur die Befreiung der Heimat bedeutet hat, sondern zu einer begeisternd zustimmenden Erkenntnis unseres wiedergefundenen Vaterlandes, der freien und unabhängigen Republik Österreich, geworden ist.

Auch diese Tatsache und dieses Ereignis gehören zur Geschichte der letzten 50 Jahre, und in ihnen liegt die Gewähr, daß das Land, immer, wenn es sie braucht und wenn die Not es dazu drängt, seine Söhne und Töchter als treue Bürger in gemeinsamer Verpflichtung finden wird. Möge es aber nicht nur die Notzeit sein, die uns zusammenführt.

Als einem Zeitgenossen, der die Geschichte Österreichs in der Steiermark wissend und mitwirkend erlebte, ist es eine aufrichtige Freude und große Ehre, zu dieser Gedenksitzung einladen zu dürfen, deren Sinn in Respekt vor den uns Vorangegangenen und in hoffnungsvollem Vertrauen in eine gute Zukunft sich erfüllen soll. (Allgemeiner starker Beifall.)

Meine Damen und Herren! Für den Klub der Freiheitlichen Partei Österreichs erteile ich dem Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Ludwig Rader das Wort.

Abg. Mag. Rader: Herr Präsident! Verehrte Gäste! Hoher Landtag!

Wir sind heute hier zusammengerufen, um in einer Gedenksitzung — Monate nachdem dies andere offizielle Institutionen Österreichs getan haben — das Bürgerkriegsjahr 1934 zu besprechen. Sinn solcher Veranstaltungen soll es sein, die Ereignisse in Erinnerung zu rufen und dadurch ihre Wiederholung zu vermeiden.

Im Zeitalter der modernen Meinungsforschung ist es zudem noch möglich, die Auswirkungen solcher Veranstaltungen zu überprüfen. Das ist auch in Österreich geschehen. In einer Anfang des Monats veröffentlichten Untersuchung der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft wurde festgestellt, daß das Wissen um die Februarereignisse des Jahres 1934 durch die vielen Gedenkfeiern und die Berichterstattung darüber deutlich gestiegen sei, der Glaube an die Nichtwiederholbarkeit allerdings nicht: 31 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher und gar 50 Prozent der jungen Staatsbürger

unter 20 halten eine Wiederholung des Bürgerkrieges bei entsprechenden Randbedingungen für möglich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wer Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges geboren wurde — wie ich —, versteht diese Skepsis gegenüber der Lernfähigkeit aus der Geschichte und versteht leider auch den Schluß, den die Jugend daraus zieht: Mehr als die Hälfte der jungen Menschen unter 25 lehnen immer wiederkehrende ständige Hinweise der aktiven Politiker auf das Jahr 1934 ab.

Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist die Ausgangslage für unsere heutige Sitzung: Monatelang wurde von allen Seiten mit hohem Ernst und Einsatz erklärt, was passiert ist und daß alles nie wieder passieren darf, aber die jungen Menschen glauben nicht daran. Die Tatsache, daß gestern in Spandau Rudolf Hess seinen 90. Geburtstag als Mahnmal der Rache und Unmenschlichkeit hinter Gittern feiern mußte, ist ja auch kein Zeichen von Lernfähigkeit aus der Geschichte und echter Humanität.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie es mich als Angehöriger dieser jungen Generation so formulieren: Vielleicht liegt es daran, daß uns Jungen zu viel und zu oft gepredigt wurde, was alles nie wieder geschehen darf und daß politisch Verantwortliche aus allen Lagern zu wenig oft formulieren, was in Zukunft geschehen soll. Man kann die Probleme von morgen nicht mit den Mitteln von gestern lösen. Erlauben Sie mir daher, meine Damen und Herren, den Versuch zu unternehmen, im Rahmen der heutigen Gedenksitzung die Wiederholung der Vergangenheit durch einen Blick in die Zukunft hintanzuhalten. Unser Interesse gilt mehr dem Jahr 2034 als 1934.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie meine Überlegungen an folgende Erkenntnis anknüpfen, die bei unzähligen Gesprächen und dem Nachlesen eines Koffers voll Literatur bestätigt wird: Damals — wie zum Teil auch heute — zeigte sich Mißtrauen gegenüber den politischen Parteien und ihren Repräsentanten. „Wir verwerfen den westlich-demokratischen Parlamentarismus und den Parteienstaat“, formulierte etwa der Korneuburger Eid am 19. Mai 1930 unter dem Titel „Richtung und Gesetz des Heimatschutzes“. Noch im „Linzer Programm“ 1926 der Sozialdemokraten findet sich die Möglichkeit „den Widerstand der Bourgeoisie mit den Mitteln der Diktatur zu brechen“, wenn sich diese „durch gewaltsame Auflehnung und Verschwörung mit ausländischen, gegenrevolutionären Mächten widersetzen sollte“. Bombenattentate von anderer Seite waren auch keine Demokratiekundgebungen. Zitate gegen die politischen Parteien heute finden Sie laufend in den verschiedensten Medien. Neue Gruppierungen bilden sich und versuchen, die Parteiendemokratie abzulösen, durchaus begleitet vom Applaus der Unzufriedenen und vieler Junger.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor wenigen Wochen erst hat der Meinungsforscher Ernst Gehmacher in einer Veranstaltung des Liberalen Klubs Steiermark gesagt, obwohl Parteien

kritisiert würden, stiege das demokratische Bewußtsein. Er nannte dies das „demokratische Paradoxon“. Seien Sie mir bitte nicht ungehalten, wenn wir Freiheitlichen diesen Überlegungen skeptisch gegenüberstehen, auch wenn sie als „Wer schimpft, der kauft“ im Volksmund nicht unbekannt sind.

Vielleicht sind die Parteien doch selber daran schuld, daß Politik mehr denn je als „garstig Lied“ gesehen wird. Sie haben das parlamentarische System unbeweglich werden lassen, so daß selbst von der breiten Mehrheit der Vertretenen und auch der Vertreter gewollte Veränderungen nicht realisierbar sind. Nicht nur in den großen Fragen, wo man an die meist finanziellen Grenzen stößt, auch bei für jeden erkennbaren Kleinigkeiten. Ich habe dem Hohen Landtag schon einmal darlegen dürfen, was ich damit meine, und möchte gerade die heutige Gelegenheit benützen, es zu wiederholen: Jahrelang hat es eine breite, Ihnen allen bekannte Meinungsbildung zur Freimachung des wunderschönen Landhaushofes von Autos gegeben, die sich nicht nur in einer Unterschriftensammlung, sondern auch in Anträgen im Landtag — also parlamentarischen Mitteln — niederschlug. Vergebens! Dann wurde — quasi über Nacht — einer Blockade einiger junger Menschen, also einer außerparlamentarischen Aktion, nachgegeben. Die Autos waren verschwunden. Wen wundert es, wenn damit der Eindruck entsteht, daß man so Dinge viel eher durchsetzen kann als über seinen Abgeordneten? Treibt man damit nicht ganze Gruppen in den Aktionismus? Folgen jetzt Bürgergruppen diesem „Trend“, betroffene Anrainer eines Betriebes, einer Straße, später Teile aus den Parteien, etwa die Jugendbewegungen, schließlich die Minderheitsparteien...? Nein, hier geht die Phantasie zu weit. Hunger, Not und Arbeitslosigkeit in dem Maße wie vor 50 Jahren als weitere und möglicherweise entscheidende Verstärkerelemente fehlen, Gott sei Dank.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auf der anderen Seite aber werden parlamentarische Entscheidungsgremien nur zu oft zu Vollzugsorganen sozialpartnerschaftlicher Absprachen degradiert. Auf weiten Gebieten des öffentlichen Lebens wird das demokratische Wettbewerbsprinzip durch das Prinzip des „amicabilis compositio“, der freundschaftlich-einvernehmlichen Verständigung, wie es Gustav Kafka nannte, ersetzt. Das läßt die Entscheidungsfindung für den Bürger hinter Polstertüren verschwinden, er kann sie nicht mitvollziehen und mißtraut ihr. Geben die politischen Parteien so Entscheidungsgewalt in andere Bereiche ab, mischen sie sich andererseits in die ureigenst private Sphäre der Bürger ein: Wohnungserwerb, Arbeitsplatzbeschaffung — vorwiegend im öffentlichen Bereich —, Erziehung und so weiter sind von Parteipolitik überlagert. Die Parteibuchwirtschaft ist nach wie vor Realität, allerdings gemildert durch die typisch österreichische Wurstlerei, die augenzwinkernd den Besitz mehrerer Parteibücher hinnimmt. Auch so ist dieses System ad absurdum zu führen. Nur: Darf es uns wundern, wenn es gelegentlich gerade zum Sport wird, aus den verschiedenen Parteienvertretern möglichst viele Vorteile herauszuholen, indem man jedem erzählt, daß man ohnehin sein Anhänger sei, um sie dann alle als dämlich zu betrachten?

Dafür baut man das aus, was man für Mitbestimmung hält, um im Endeffekt nicht mehr zu entscheiden. Ich muß gerade Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Liste der Probleme nicht aufzählen, deren Nichtlösung wegen falsch verstandener Mitbestimmung bereits wieder der Initiative der Bürger bedürfen, um eine Lösung zu erzwingen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Was hat dies alles mit 1934 zu tun, werden Sie fragen. Ich habe eingangs schon ausgeführt, daß geschichtliche Rückblicke und Feierstunden zwar durchaus zur Steigerung der Geschichtskennntnisse führen können, aber nur sehr bedingt die angestrebte „Nie-wieder-Wirkung“ haben. Wir müssen es vielmehr schaffen, daß Mißtrauen, ja die Mißachtung gegenüber den politischen Parteien und dem parlamentarisch-demokratischen System abzubauen, indem Ubelstände beseitigt werden. Allerdings: Weder Zaudern und wehleidiges Jammern, noch unkontrollierte Machtdemonstrationen werden das schaffen. „Der Demokrat bekämpft Ideen, achtet aber den Menschen, der sie vertritt“, formulierten die Teilnehmer eines Seminars für politische Bildung auf Schloß Seggau in den sechziger Jahren. Wir müssen die Probleme in Angriff nehmen — ich mache nur einen Seitenblick auf die Grundwasserkatastrophe in Graz und in Gössendorf oder nach Werndorf, wo ich gerade gestern abend war, als nur zufällig gerade aktuelles Beispiel —, ohne sie der nächsten Generation zuzuschieben. Diese nächste Generation ist schon da — auch in der Politik, wie die heutige Rednerliste zeigt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir brauchen eine Erneuerung der Demokratie — auch in der Steiermark —, weil das der beste Schutz gegen Entwicklungen wie vor 50 Jahren ist, wo schließlich eine Diktatur die andere ablöste. Lassen Sie mich daher, meine sehr verehrten Damen und Herren, im letzten Teil meiner Ausführungen versuchen, ein paar Ansätze für diese Erneuerung der Demokratie in unserer steirischen Heimat aus freier Sicht zu formulieren. Ansätze deshalb, weil man als Politiker sich nie einbilden soll, die letzten Weisheiten gefunden zu haben. Vielleicht sollte man sich überhaupt öfter daran erinnern, daß Demokratie nicht nur der Stärke, sondern auch der Toleranz bedarf.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Reaktionsfähigkeit der Landespolitik muß verbessert werden. Es soll künftig keiner außerparlamentarischen Aktionen, wie Sitzstreiks, Blockaden und ähnliches mehr, bedürfen, um breit anerkannte Anliegen raschest zu erledigen. Dazu ist es notwendig, daß jede Partei gute Vorschläge der anderen anerkennt, ob sie nun von der Mehrheit oder der Minderheit kommen. Die politischen Parteien müssen sich öffnen, um allen eine Chance der Mitgestaltung zu geben, die etwas zu sagen haben, und nicht nur jenen, die sich arrangieren wollen. Politik darf nicht als „garstig Lied“ aufgefaßt werden, sondern als das, was Menschen daraus machen oder machen lassen. Wenn Demokraten ihre demokratischen Möglichkeiten nicht nützen wollen oder können, findet die Demokratie ohne Demokraten statt.

Die Gesetze sollen dem Empfinden der Menschen entsprechen. „Man ändert die Gesellschaft nicht durch Dekret“, hat der französische Liberale Michel Crozier sein Buch genannt. Gesetze können Einstellungsänderungen erleichtern, nie aber bewirken. Andererseits können Gesellschaftsänderungen durch Gesetze nie hintangehalten werden. Die Verwandlung von Enttäuschten und „denen da oben“ ablehnend gegenüberstehenden Bürgern in Aktivbürger, die mitarbeiten, kann ebensowenig verordnet werden, wie die Verwandlung von Arbeit in Tätigkeit. Die Parteien müssen sich aus privaten Bereichen zurückziehen. Parteisekretariate sollen als Dolmetscher politischer Entscheidungen und als Umsetzer von Bürgerwünschen, und nicht als Interventionsapparate fungieren. Gleichzeitig soll sich die Verwaltung aus Bereichen zurückziehen, die durch die Menschen selbst gestaltet werden können. Kammern sind Interessensvertretungen, nicht mehr und nicht weniger. Da sie „Interessen“ vertreten, stoßen sie an „Interessen“ anderer. Schon daraus ergibt sich, daß die Kammern — auch gemeinsam — keine politischen Entscheidungen ersetzen können und dürfen. Mitbestimmung muß entscheidungsfördernd sein. Sie wird Entscheidungen qualitativ verbessern, was unmöglich ist, wenn sie diese überhaupt verhindert. Nicht die Bürger sind schuld an der Negativentwicklung, sondern jene Politiker, die Mitbestimmung als persönliches Profilierungsinstrument mißverstanden haben. Die wirklichen Privilegien in Stadt und Land müssen wir durchforsten. Nicht billige Weckung des Neidkomplexes kann das Ziel sein, sondern Leistungsanerkennung und Durchschaubarkeit. Es ist Zeit, daß wir die nächsten Schritte setzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese wenigen Gedanken lassen sich zu folgenden sieben Ansätzen einer Erneuerung der Demokratie in der Steiermark zusammenfassen:

Erstens: Was gut ist, soll gemacht werden, wer immer es auch vorschlägt.

Zweitens: Macht die Tore auf für alle Bürger, die etwas zu sagen haben.

Drittens: Die Gesetze sind für die Menschen, und nicht für Bürokraten.

Viertens: Die Einmischung der Politik in die Privatsphäre ist für freie Bürger unzumutbar.

Fünftens: Die Kammerbürokratie darf politische Entscheidungen nicht mehr ersetzen.

Sechstens: Mitbestimmung darf keine Ausrede für Nichtentscheiden sein.

Siebtens: Der Privilegienabbau muß weitergehen.

Und wenn wir alle zudem noch beachten, was die Teilnehmer des schon zitierten Seminars für politische Bildung in den sechziger Jahren formuliert haben, nämlich „Der Demokrat ist ein rechtlich denkender, sittlich sauberer Mensch, der seinem Gewissen folgt“, werden wir wieder Vertrauen gewinnen — auch bei den jungen Menschen. Vertrauen in die Demokratie und eine Politik, deren wirtschaftliche Randbedingungen Not hintanhaltend, ist die erforderliche Basis, um 1934 „nie wieder“ entstehen zu lassen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Sinne dieser Erneuerung der Demokratie zur Verhinderung einer neuen Diktatur wünsche ich unserer steirischen Heimat ein herzliches „Glückauf!“ (Allgemeiner starker Beifall.)

Präsident: Für den Klub der Sozialistischen Partei Österreichs erteile ich dem Herrn Landtagsabgeordneten Dr. Dieter Strenitz das Wort.

Abg. Dr. Strenitz: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Geschätzte Herren Gäste!

Die in diesem Haus vertretenen politischen Parteien der Steiermark sind übereingekommen, diese Gedenksitzung abzuhalten. Anlaß sind die Ereignisse vor 50 Jahren, als im Februar 1934 Bürger dieses Landes aufeinander geschossen haben. Der Blutzoll der Februarkämpfe war auf beiden Seiten groß. Nach offiziellen Angaben hat es 115 Tote und 486 Verwundete der Exekutive gegeben und 196 Tote und 319 Verwundete unter der Zivilbevölkerung. Diese letzte Zahl wird allerdings von vielen bezweifelt, da es wohl im Interesse der Beteiligten lag, ihre Teilnahme an den Kämpfen zu verschleiern. Am erschütterndsten war wohl die Verhängung und der Vollzug von neun standgerichtlichen Todesurteilen, darunter am steirischen Metallarbeitersekretär Josef Stanek am 17. Februar in Graz und an Koloman Wallisch am 19. Februar in Leoben. Etwa 1200 Schutzbündler wurden in der Folge eingekerkert. Manchen gelang die Flucht ins Ausland. Jene Tragödie der österreichischen Demokratie wurde zum Beginn einer noch viel größeren Tragödie des österreichischen Volkes mit der Auslöschung des Staates 1938 von der europäischen Landkarte. Der Staat nach 1918 ist mit dem Staat nach 1945 nicht vergleichbar. Damals gab es nicht wenige, die der versunkenen Monarchie nachtrauerten. Es herrschten Zweifel an der Lebensfähigkeit des Rumpfgeländes Österreich, und so mancher glaubte, die Rettung in einem Anschluß an Deutschland zu finden. In wenigen Jahren entwickelte sich eine furchtbare Arbeitslosigkeit mit über 600.000 Menschen ohne Arbeit und Brot. Zu den ausgebeuteten Arbeitermassen kam ein in Verelendung begriffenes Bürgertum. Man hatte Angst voreinander. Privatarmeen beherrschten die Straße. Italien gab seit 1923, Deutschland seit 1933 ein faschistisches Beispiel. Das demokratische System nach 1945 hat seine politische Stabilität in hohem Maße bewiesen. Wir erlebten eine große Koalition, auf die eine ÖVP-Alleinregierung folgte. Die Minderheitsregierung 1970 war der Übergang zu einer sozialistischen Alleinregierung. Heute trägt eine Koalition von SPÖ und FPÖ die Regierungsverantwortung, und in sechs von neun Bundesländern finden wir Mehrheiten der ÖVP. Nie jedoch war das demokratische System in Frage gestellt. Österreich ist seit fast 40 Jahren ein Staat, zu dem sich praktisch alle Bürger bekennen. Wir leben in einer funktionierenden Demokratie und in einer friedlichen und ruhigen Heimat. Das ist der Unterschied zwischen 1918 und 1945. Jene Generation, die nach 1945 politische Verantwortung getragen hat, hat

ihre historische Lektion wahrhaftig gelernt. Sie hat vielfach am eigenen Leib schmerzvoll erfahren müssen, daß der Weg der zwanziger und dreißiger Jahre falsch, verhängnisvoll und aussichtslos war. Der Weg der Zweiten Republik dagegen hat bei allen Schwierigkeiten durch die heutige politische, wirtschaftliche und soziale Realität seine Bestätigung erhalten. Wir haben jenen Männern und Frauen nach 1945 zu danken, daß sie vom Gegeneinander der dreißiger Jahre zum Miteinander der Zweiten Republik gefunden haben. Ihre Leistungen sind bereits stolze Geschichte geworden, die wir fortzuschreiben haben. Für das Gemeinsame des Heute und des Morgen sind wir verantwortlich. Meine Generation, das heißt die heute 40- bis 50jährigen — und das ist kein geringer Teil des Steiermärkischen Landtages —, war zu jener Zeit nicht geboren. Die heute knapp über 50 sind, waren damals Kinder. Wer heute 60 ist, hat vielleicht da und dort einzelne Erinnerungen. Erst die, welche heute an die 70 gehen, haben jene Zeit bewußt erlebt. Das hilft uns, von jenen Tagen emotionsfreier zu sprechen. Ich halte nicht viel vom Wort „aufarbeiten“, was sollte jemand aufarbeiten, der die Geschichte weder bewußt noch im Unterbewußtsein erlebt hat? Ich halte aber viel vom Lernen, vom Erkennen von Ursachen und Zusammenhängen. Scheuen wir uns also nicht, die geschichtliche Entwicklung in ihrem Ablauf darzustellen, denn geschichtliche Ereignisse kommen nicht wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Sie sind im Guten wie im Schlechten das Ergebnis einer Vielzahl von Umständen, Ursachen und vorangegangenen Entwicklungen. Die Geschichte darstellen, wie sie war, das heißt nicht, historische Verantwortung gleichmäßig auf die politischen Lager jener Zeit der Sozialdemokratie, des Bürgertums, der Nationalen und die Kirche zu verteilen. Daß Fehler in allen Lagern geschehen sind, steht außer Streit. Wer aber die Regierungsmacht besitzt, muß sich wohl ein höheres Maß an Verantwortung zurechnen lassen. Die Geschichte kennt kein arithmetisches Mittel der Verantwortung. Man kann die historische Wahrheit offenlegen, ohne neue Gräben aufzureißen. Man kann den eigenen Standpunkt vertreten, ohne deshalb den Kampf der Väter weiterzuführen und das Leid der Mütter neu aufbrechen zu lassen. Sprechen wir also ruhig aus, was war, und versuchen wir zu lernen. Die Geschichte lehrt uns, daß politische und wirtschaftliche Stabilität Hand in Hand gehen. Konsens ist in Zeiten wirtschaftlicher Prosperität leichter als in Zeiten der Rezession. Demokratische Qualität zeigt sich erst in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten. Das einzigartige System der österreichischen Sozialpartnerschaft — auch wenn sie sich wie alles Menschliche da und dort neuen Entwicklungen anpassen muß — und die hervorragende Arbeit und maßvolle Haltung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes haben an der Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme dieses Landes großen Anteil. Zu dieser stillen Koalition der Vernunft kommt heute eine Position der Kirche, die sich von jener der Ersten Republik grundlegend unterscheidet. Der Rückzug aus der Tagespolitik, dokumentiert im Mariazeller Manifest, bedeutet nicht den Verzicht der Kirche, ihre

moralische und sittliche Überzeugung und ihre Lehre klar auszudrücken. Er bedeutet aber eine Absage an das Protektorat einer Partei über die Kirche genauso wie an den politischen Katholizismus. Demgegenüber schließt der Grundsatz freier Kirchen in einer freien Gesellschaft das Bekenntnis zur fruchtbringenden Zusammenarbeit zwischen Staat, Kirchen und Parteien in allen Fragen ein, die gemeinsame Interessen berühren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Manche fragen, was fängt die Jugend mit der Vergangenheit an? Der unauslöschlichen Erinnerung jener, die es miterlebt haben, stehen wenig bis keine Vorstellungen der Jugend gegenüber. Zwar hat das Wissen um die Tragödie des Jahres 1934 zugenommen. Wußten zum Beispiel im November des Vorjahres 86 Prozent der unter Dreißigjährigen nicht, was sich im Februar 1934 abgespielt hat, so waren vier Monate später „nur“ noch 37 Prozent dieser Altersgruppe ahnungslos. Medien und Gedenkveranstaltungen haben diesen Bewußtseinsbildungsprozeß bewirkt, auch Ausstellungen wie jene über die Geschichte der steirischen Arbeiterbewegung „Für Freiheit, Arbeit und Recht“. Erschreckend ist aber die Tatsache, daß rund 50 Prozent aller unter Zwanzigjährigen glauben, daß Ereignisse wie im Februar 1934 auch heute wieder passieren können. Vielleicht spiegelt sich darin nur die fast zur Selbstverständlichkeit gewordene Gewohnheit, mit der heute Gewalt als Konfliktlösungsmittel — Tag für Tag durch die Medien frei ins Haus geliefert — zur Kenntnis genommen wird. Vielleicht ist es aber mehr: Vielleicht ist es eine totale Verständnislosigkeit gegenüber unserem Staat von heute, seinen Werten und Regeln, seinen Institutionen und Mächtigen; eine Verständnislosigkeit, die manche sich abwenden läßt, und die über das Nichtwählen zum Aussteigen führt. Vielleicht ist es auch die Selbstverständlichkeit, mit der man glaubt, die materiellen Güter in ihrem Überfluß, die Natur und schließlich auch das Leben konsumieren zu können. Die Zahl jener, die mit unserem politischen System scheinbar nichts anzufangen wissen, ist nicht so groß, daß sie schon eine unmittelbare Gefahr wäre, aber sie ist nicht so klein, daß wir sie übersehen dürften. Was also ist zu tun?

Meine Damen und Herren, wir dürfen daher nicht aufhören, vor allem der Jugend jene Werte vorzuleben, an die wir glauben. Wir müssen durch unsere Haltung die Menschen in ihrem Vertrauen an die Demokratie stärken. Wir müssen ihnen unseren Abscheu vor jeder Diktatur glaubhaft vermitteln, egal, ob von links oder rechts, in Ost oder West. Wir müssen vor allem die großen Aufgaben unserer Zeit gemeinsam bewältigen, das sind zuallererst die Sicherung der materiellen Grundlagen, denn es ist wohl keine Gefahr größer als die, würde die Gesellschaft in zwei Gruppen gespalten werden: in jene, die Arbeit haben, und in die verstoßene Gruppe jener, die nicht gebraucht werden; die Gewährleistung der sozialen Sicherheit, welche die Menschen beruhigt und ihnen die Angst nimmt; die Garantie einer Lebensqualität, wie sie unsere Zeit erfordert, und die Mitarbeit auch mit unseren bescheidenen Kräften an der Sicherung des Friedens in der Welt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nur wenn es uns gelingt, diese Aufgaben gemeinsam zu bewältigen, nur wenn es uns gelingt, bei unseren Mitbürgern, vor allem aber bei der Jugend die Überzeugung zu wecken, daß sie eine echte Chance haben, hier mitzudenken, mitzureden und mitzuentcheiden, und daß das Schicksal unseres Staates nicht nur in den Händen von Parteien, Kammern, Institutionen und Interessensverbänden liegt, nur wenn die jungen Menschen eine echte Chance finden, ihre Visionen und Utopien zu suchen, zu finden, zu verwirklichen und in das gemeinsame Ganze einzubringen, statt sie deshalb von den Kandidatenlisten zu streichen, dann wird unser Staat auch ihr Staat sein. Eine Politik radikaler Phrasen bewältigt keine Probleme, sondern verschärft sie nur. Manches Böse, ja Gewalt, hat mit einem Wort begonnen. Daher sollten wir uns alle unter allen Umständen davor hüten, den anderen über eine sachliche Kritik seiner Politik hinaus schlechtzumachen oder herabzusetzen. Abgesehen davon, daß sich die Menschen dann in zunehmendem Maß von uns abwenden, führt jenes verletzende Verhalten zu einem Klima der Kälte und des Hasses, welches schließlich in totaler Gesprächsunfähigkeit endet. Während es aber in den zwanziger und dreißiger Jahren ein Zuviel an Ideologie war, das zu einer Verteufelung des Andersdenkenden geführt hat und in ihm schließlich einen Feind sah, sind Entideologisierung, Pragmatismus und Opportunismus die Gefahren unserer Zeit. Der scheinbar wertfrei agierende Manager ist nicht die Alternative zum ideologischen Fanatiker. Darum sagen wir ja zu jeder politischen Wertvorstellung und respektieren wir jede ehrliche Überzeugung. Aber bewahren wir uns das Gefühl für die Proportion der politischen Kräfte und das dem anderen Zumutbare. Die Demokratie braucht die Parteien. Das Bekenntnis zur Demokratie ist gleichzeitig ein Bekenntnis zum Parteienstaat. Sorgen wir durch unser Vorbild dafür, daß das Bild der Parteien und der Politiker der Wichtigkeit der res publica entspricht. Durch Glaubhaftigkeit und Vertrauen erst schaffen wir ein hohes Maß an Identität zwischen dem Staat und seinen Menschen. Dann wird unsere Demokratie nicht nur auf dem Papier bestehen, sondern erfülltes Leben sein.

Meine Damen und Herren! Die großen politischen Kräfte dieses Landes bemühen sich um eine Reform der Steirischen Landesverfassung. Dabei geht es nicht in erster Linie um irgendwelche Abstimmungsquoten oder Prozente. Es geht um echte Bürgernähe, und es geht um eine Aufwertung des Parlaments in Theorie und Praxis. Nicht zuletzt fand das Ende der Demokratie in der Ersten Republik durch die sogenannte „Selbstausschaltung des Parlaments“ am 5. März 1933 seinen sichtbaren Ausdruck. Die klassische Staatslehre kennt die Gleichgewichtung von Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung. Die politische Praxis des Alltags entspricht diesem Bild nicht immer, und ich bitte, jetzt nicht mißverstanden zu werden: Die Tatsache, daß es zwar an jedem Montag eine Sitzung der Steiermärkischen Landesregierung gibt, zwischen 1. Jänner 1984 und 15. Mai dieses Jahres aber nur eine einzige Arbeitssitzung des Steiermärkischen Landtages, kommt einer Beinahe-Aus-

schaltung unseres Landesparlaments gleich, die nicht nur dem Herrn Präsidenten, sondern vor allem uns Abgeordneten aller Fraktionen zu denken geben sollte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluß kommen. Österreich ist heute angesehen in der Welt. Wir sind nicht der Bettler von gestern, sondern geachtete Partner im Bemühen um Frieden und wirtschaftliche Zusammenarbeit und ein geschätzter Vermittler zwischen den Staaten. Aber wir sind ein kleiner Staat, an dessen Grenzen zum Teil andere politische Systeme herrschen, ein Staat an der Nahtstelle großer politischer Blöcke und deshalb besonders sensibel. Die Situation in der Welt ist zu ernst, als daß sich Österreich große Auseinandersetzungen leisten könnte. Wir sind keine Insel der Seligen. Legen wir daher heute und in dieser Stunde und für alle kommenden Tage das Gelöbnis ab: Nie wieder! Nie wieder, das heißt: Wehren wir den Anfängen. Nie wieder, das heißt: Wehren wir uns mit aller Entschiedenheit gegen alle Radikalisierung von links oder rechts. Wir stehen alle zu Österreich ohne Vorbehalt und Einschränkungen; es gibt ein Österreichbewußtsein. Wir leben in einem Staat, der Menschenwürde und Menschenrechte hochhält. Wir vertreten verschiedene Auffassungen und politische Ziele, und das ist gut so, aber wir sind keine Feinde. Machen wir zusammen eine gute Politik, welche die Grundlagen des materiellen Wohlstandes, der sozialen Sicherheit und der Lebensqualität schafft, und lösen wir die Probleme unserer Heimat so, daß uns die Menschen unserer Heimat vertrauen und folgen können. Dann wird es niemals wieder zu einer Tragödie der österreichischen Demokratie und des österreichischen Volkes kommen, ähnlich jener vor 50 Jahren. Dann werden niemals wieder Österreicher gegen Österreicher stehen. Glauben wir an unsere Heimat, die wir lieben, und an eine gute Zukunft. Und gehen wir alle, ob Arbeiter oder Angestellter, Beamter, Bauer, Unternehmer, Künstler, Wissenschaftler oder Journalist, Mann oder Frau, jung oder alt, voll Zuversicht an die Arbeit. Denn wir alle sind ein Stück Österreich! (Allgemeiner starker Beifall.)

Präsident: Für den Klub der Österreichischen Volkspartei erteile ich dem Herrn Landtagsabgeordneten Univ.-Prof. Dr. Bernd Schilcher das Wort.

Abg. Prof. Dr. Schilcher: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Die Erste Republik hat bloß 19 Jahre gedauert. Sie endete am 11. März 1938 nach damaliger Gesetzeslage noch im minderjährigen Alter. Die Zweite Republik hingegen ist bereits 39 Jahre alt. Sie feiert heute gewissermaßen Geburtstag. Auf den Tag genau, am 27. April 1945, unterzeichneten Renner, Schärff, Kunschak und Kopenig die Österreichische Unabhängigkeitsproklamation, die den Anschluß an das Hitler-Deutschland für null und nichtig erklärte und die „Demokratische Republik Österreich“ im Geiste der Verfassung von 1920 einzurichten versprach. Grund genug, um an diesem Ge-

burtstag, in dieser festlichen Versammlung, über die Erste und Zweite Republik, aber auch über die beginnende „Dritte Republik“ nachzudenken. Denn zweifellos gibt es diese Dritte Republik bereits. Sie ist ohne Krieg und Revolution, ohne verfassungsrechtlichen Bruch, sozusagen Stück für Stück und undramatisch entstanden. Es sind, wie Manfred Prisching unlängst gemeint hat, innere Kennzeichen, die sie bestimmen: Der Übergang von der Nachhol-, Aufhol- und Überholgesellschaft der fünfziger und sechziger Jahre zur weltweiten Stagnationsgesellschaft der achtziger Jahre mit neuen Ängsten, Unsicherheiten, mit neuen Themen und neuen Werten — Stichworte: Zeitwende, Paradigmenwechsel — und vor allem mit einer neuen Generation. Keiner der heutigen drei Redner hat das Jahr 1934 persönlich erlebt. Wir sind alle drei bereits Nachgeborene. Die Versuchung ist daher auch groß, im Stile der Erbsündenabwehr zu sagen: „Ich war damals ja nicht dabei, mich geht das ganze daher nichts an. Außerdem gibt es ja auch noch dringendere Probleme als das Jahr 1934.“ Erwin Ringel, der professionelle Kenner der österreichischen Seele, würde eine solche Haltung unter die Verdrängungshandlungen einreihen. Seiner Meinung nach hat Johann Strauß in der „Fledermaus“ die heimliche österreichische Hymne komponiert: „Glücklich ist, wer vergißt, was doch nicht zu ändern ist.“ Tatsächlich ist Verdrängung so wenig eine Lösung, wie der versuchte Austritt aus der Geschichte. Man kann sich von ihr nicht einfach abmelden wie vom Geschichtsunterricht. Man ist dabei, ob man will oder nicht. Diejenigen unter uns, die den Bürgerkrieg des Jahres 1934 mit seinem hohen Blutzoll, seinen durchaus nicht zweifelsfreien Hinrichtungen — ich denke auch an Koloman Wallisch aus Bruck —, diejenigen also, die den Ständestaat, die Ermordung des Bundeskanzlers und das Hitlerregime erlebt und zum Teil leidvoll erlitten haben, sind sich, soweit ich sehe, über alle Lager und Grenzen hinweg einig, daß das alles niemals wieder geschehen darf. Es ist wie ein Schwur: „Niemand wieder.“ Das ist zunächst zweifellos ein Ausdruck des Lernenwollens aus der Geschichte. Und die Entwicklung der Zweiten Republik in den ersten 25 Jahren nach 1945 liefert den vollen Beweis, wie ernst es unseren Vätern mit diesem Lernenwollen war. So reichten sich die ideologischen Kampfahnen des Jahres 1934 nach dem Krieg die Hand zu einer langen und guten Zusammenarbeit. An die Stelle radikaler Phrasen und provozierender Aufmärsche trat ein Stil der Versöhnlichkeit und geistigen Toleranz. Die Politik der Verkündung pseudoreligiöser Heilwahrheiten — hier Kapitalismus, dort Sozialismus — ist einer heilsamen und durchaus menschlichen Pragmatik des Sowohl-Als-auch gewichen. Und schließlich hat diese Zweite Republik ganz ungezwungen und fast nebenbei das erreicht, was Engelbert Dollfuß glaubte, in kurzer Zeit von oben herab verordnen zu können, nämlich einen ungekünstelten Patriotismus, ein sehr handfestes österreichisches Selbstbewußtsein. Ich glaube, daß unsere Väter stolz sein können auf diese Bilanz. Und ich meine, daß wir allen Grund haben, ihnen für diese eindrucksvolle Ernte der jahrzehntelangen Arbeit zu danken. Hier in der Steiermark stellvertretend für

viele einem Reinhard Machold und Anton Pirchegger, einem Josef Krainer und Alfons Gorbach, einem Karl Brunner, Norbert Horvatek, Josef Wallner, Alfred Schachner und einem Oberst Alexander Götz. Für die bereits begonnene Dritte Republik reicht der „Niemals-wieder-Schwur“ freilich nicht aus. Dazu sind die Dinge zu kompliziert geworden. Was soll denn niemals wiederkommen? Man wird sagen: Zunächst einmal die furchtbare Arbeitslosigkeit der dreißiger Jahre. Nur: Gewollt hat die auch in den dreißiger Jahren niemand. So wenig wie heute. Allerdings glaubten damals so ziemlich alle Ökonomen und Wirtschaftspolitiker, daß eine noch schlimmere Arbeitslosigkeit nur zu vermeiden sei, wenn der Staat gerade nicht interveniere — sich jedes keynsianischen *deficite-spending* enthalte. Das war, wie wir jetzt wissen, falsch. Heute scheint es aber gerade umgekehrt zu sein. Die große Mehrheit der österreichischen Ökonomen und Wirtschaftspolitiker fühlen sich dem Austro-Keynsianismus verpflichtet. Und zumindest eines seiner tragenden Elemente ist die staatliche Intervention zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen. Daran glauben viele auch jetzt noch, wo sich bereits zeigt, daß mehr Geld für öffentliche Investitionen keineswegs zu weniger Arbeitslosigkeit führt. Im Gegenteil: Je mehr Milliarden der Staat vor allem in seine verstaatlichte Industrie investiert, desto mehr steigen dort die Arbeitslosenzahlen. Heißt hier „niemals wieder“ etwa auch: Niemals wieder weg von diesem Stil der staatlichen Interventionen, also niemals wieder auch nur etwas mehr freieres Spiel der Kräfte und etwas weniger Staat — oder müssen wir nicht viel feiner, viel situationsadäquater differenzieren? Ein Zweites: Die antidemokratische Einstellung mancher Österreicher in der Ersten Republik war ein offenes Geheimnis. Heute tut sie uns aber nicht den Gefallen, mit den Insignien der Revolution aufzutreten oder auch nur mit erklärten linken oder rechten diktatorischen Eidesschwüren, in Uniform, bei Aufmärschen und paramilitärischen Übungen. Der demokratische Substanzverlust der Dritten Republik ist viel subtiler und weit weniger bombastisch. Er beginnt bei einer ständigen Verlagerung wichtiger Entscheidungen in den außerparlamentarischen Raum, ein Symptom schwachentwickelter demokratischer Gesinnung; er setzt sich fort in einem wachsenden Irrationalismus aus grünen und alternativen Quellen, aber auch aus dem Kreis der sonst schweigenden Mehrheit. Immer häufiger höre ich in Diskussionen mit jungen Menschen, daß nicht die Mehrheit, sondern die Wahrheit entscheidend sei. Hier ist Vorsicht am Platze. Denn so wichtig und sympathisch manche grüne Anliegen sind, so gilt doch: Wer sich im Besitz der absoluten Wahrheit wähnt, neigt zu Intoleranz und Aggression. Dementsprechend rauh wird ja auch schon die Sprache zwischen den neuen Ökologen und den alten Sozialpartnern. Diese werden von jenen als „Wachstumsfaschisten“ und „Zubetonierer“ apostrophiert — jene von diesen als „Windradlindianer“ und „Grünparasiten“ bezeichnet, die endlich etwas arbeiten sollten. Damit droht ein neuer Klassenkampf, aber an gänzlich anderen Fronten. Was heißt hier niemals wieder? Es sieht so aus, als würden neue Situationen und neue

Fragen nach neuen Antworten und neuen Lösungen verlangen. Das will nicht heißen, daß ich in den Fehler einer geschichtslosen und damit gesichtslosen Generation verfallende, nämlich meiner eigenen, die lange Zeit hindurch geglaubt hat, die Zukunft ohne Rücksicht auf die Vergangenheit bewältigen zu können. So einfach durch bloße ökonomische Fortschreibung nach der berühmten Formel: Zukunft ist Gegenwart plus drei Prozent. Freilich ist auch umgekehrt Skepsis gegenüber simplen Vorstellungen historischer Wiederholung am Platz; Skepsis gegenüber mechanischen Zyklen-theorien. *Historia docet* heißt nur, daß man seine Erfahrungen und die Erfahrungen seiner Vorfahren nach bestem Wissen und Gewissen, aber eben in eigener Verantwortung verarbeiten muß und danach Antworten gibt, die die geänderte Situation miteinbeziehen. „Niemals wieder“ heißt dann eben zum Beispiel: Ganz neue Wege für neue Arbeitsplätze finden — und nicht nostalgisch, um nicht zu sagen einfalllos, an alten, einmal richtig gewesenen Rezepten festzuhalten und etwa Arbeit so lange zu kürzen und zu teilen, bis sie womöglich für keinen mehr reicht. Niemals wieder heißt dann auch: Neue Belebungen für eine ein wenig müde werdende Demokratie suchen. Es geht dem Politiker hier ganz ähnlich wie dem Arzt: Die Krankheitsbilder ändern sich, also müssen sich auch Diagnose und Therapie ändern — gleichbleiben nur die Grundlehren der Medizin. So halte ich zum Beispiel den Einbau der ökologischen Bewegung in die herkömmliche Sozialpartnerschaft nicht nur für belebend, sondern für dringend nötig. Denn Ökologie und Ökonomie sind heute die eigentlichen antagonistischen Kräfte geworden, die man nicht eskalieren lassen darf, sondern zum institutionellen Gespräch an einem Tisch versammeln muß: Das ist ja die bekannte Grundlehre der österreichischen Politik, den Klassenkampf zu domestizieren und den Kompromiß immer wieder vom Oidium des Opportunismus zu befreien. Ebenso halte ich eine tiefgreifende Erneuerung unserer politischen Kultur für belebend und für dringend notwendig. In einer Zeit der Auflösung alter Parteienlager, der ständig wachsenden Zahl von Wechselwählern, der Entideologisierung kann man demokratische Herrschaft nicht mehr einfach im Überirdischen oder Mystischen festmachen. Vielmehr scheint die zunehmend verlässlichere Legitimation von Regierung und Parlament im klaglosen Funktionieren ihrer Politik zu liegen. Das ist das Ergebnis eines jahrhundertelangen Aufklärungs- und Säkularisierungsprozesses. Man mag ihn nun begrüßen oder nicht. Immer mehr Bürger tauschen offenbar ihr Vertrauen in die Politiker einfach gegen gute Arbeitsplätze, soziale Sicherheit und eine gesunde Umwelt. Do ut des: Funktioniert das nicht, dann kündigen sie dieses Vertrauen. Und zwar allen Politikern, ohne Rücksicht auf Parteifarbe und Verbändezugehörigkeit. Das scheint mir so besonders bedenkenswert. Denn seien wir doch ehrlich: In unserer beginnenden Dritten Republik funktioniert manches nicht. Und viele Bürger beginnen auch schon, den etablierten Parteien ihr Vertrauen aufzukündigen. Diese Situation macht es daher notwendig, wieder eine Konzentration aller Kräfte zu erlangen. Nur so können wir die gewaltigen Aufga-

ben, die vor uns liegen, bewältigen. Hier lehrt die Geschichte nicht nur, sie warnt: 1931 ist ein solches Angebot zur Konzentration aller Kräfte leichtfertig ausgeschlagen worden. Historiker und Politiker auch in den Kreisen der SPO von Norbert Leser bis Bruno Kreisky sind sich heute einig, daß dies der entscheidende Fehler der Ersten Republik war. 1945, am Beginn der Zweiten Republik, hat man aus diesem Fehler gelernt. Jetzt, 39 Jahre danach, am Beginn der Dritten Republik, scheint man diese Lehre wieder zu vergessen. Oder zu verdrängen. Und dabei ist es so einfach: Österreich ist wie die Schweiz viel zu klein, um sich in so schwierigen Zeiten den Luxus leisten zu können, daß die großen politischen Kräfte in diesem Land nicht an einem Strang ziehen, sondern ständig und heftig gegeneinander antreten. Aber ich räume natürlich ein, daß das Modell einer Konzentrationsregierung nach dem Vorbild der österreichischen Bundesländer nur im Verein mit flankierenden Maßnahmen denkbar und überhaupt erträglich ist. Andernfalls wäre die Gefahr zu groß, daß eine solcherart erweiterte und legalisierte Sozialpartnerschaft zur „Sozialpanzerschaft“ werden könnte, wie das im Wiener Graffiti bereits befürchtet wird. Was ist unter flankierenden Maßnahmen zu verstehen? In Stichworten: Ich meine damit erstens den Einbau neuer direktdemokratischer Elemente in die Verfassung, um die Teilnahmemöglichkeiten der Bürger zu vergrößern. Ich meine zweitens die Einrichtung eines Persönlichkeitswahlrechtes, das die Verantwortung des einzelnen Politikers klarstellt und ihn aus der oft unrühmlichen Rolle eines anonymen Listenfüllers herausführt. Und ich meine drittens die Direktwahl des Bundeskanzlers und der Landeshauptleute für eine begrenzte Zahl von Amtsperioden. Letzteres scheint mir im Hinblick auf die Funktionsfähigkeit der Demokratie geradezu unerlässlich zu sein. Will man nicht durch den ständigen Druck von Wahlterminen — es finden praktisch schon alle zwei Jahre Wahlkämpfe statt — das lange Bankschieben zum Regierungsprinzip machen, muß man neben dem bestehenden Parlamentssystem ein langfristigeres präsidentielles Regierungselement einfügen, um auch langfristige Entscheidungen treffen zu können. Ein Blick auf den jahrzehntelangen Fleckerlteppich der österreichischen Autobahnen und auf die ständig verschobenen Grundsatzreformen im Gesundheitswesen oder in der Sozialpolitik, in der Struktur- und Regionalpolitik, ja in der Industriepolitik insgesamt — legt ein solches Element der langfristigen politischen Planung geradezu dramatisch nahe. Ich möchte be-

haupten, daß die Semmeringbahn in der Demokratie jedenfalls nach dem damaligen Stand der Technik niemals gebaut worden wäre.

Ich komme zum Schluß. Gewöhnlich dient die Erste Republik allen Lernwilligen aus der Geschichte ausschließlich als abschreckendes Beispiel. Diese Aufgabe hat sie auch heute erfüllt. Tatsächlich ist das eine zu einseitige Sicht, die der Zeit und den Menschen der Ersten Republik nicht gerecht wird. Da war die furchtbare Amputation von St. Germain, diese *L'autriche c'est que reste*, die das Selbstwertgefühl des Österreicherers zutiefst treffen und verunsichern mußte; eine Amputation, die sich aber natürlich auch wirtschaftlich katastrophal ausgewirkt hat. Da waren weiters die bekannten Diktate aus Genf und Lausanne im Zuge der jeweiligen Anleihen, die der Regierung in der Wirtschaftspolitik den Handlungsspielraum ähnlich einschnürten, wie das Desinteresse Großbritanniens und Frankreichs an der österreichischen Entwicklung die außenpolitische Manövrierfähigkeit beengte. Das alles muß man sehen, wenn man das Geschehen vor 50 Jahren verstehen und nicht nur verzerrt will. Die übliche düstere Sicht der Ersten Republik übersieht aber vor allem auch die imponierenden menschlichen Qualitäten der damals lebenden und handelnden Personen, ihre starken persönlichen Überzeugungen, das häufig hohe Ethos und die mannigfaltigen Formen der Hilfsbereitschaft bis tief ins jeweils gegnerische Lager hinein. Viele der heute hier Anwesenden können Beispiele solcher berührenden Menschlichkeit nennen. Ich meine, daß wir auch daraus lernen sollen, und zwar gerade für die Zukunftsbewältigung. Denn ohne persönliches Ethos, ohne die Absicht, sein Schicksal mutig in die eigenen Hände zu nehmen, ohne Selbstbewußtsein und Zivilcourage kann künftig keines der großen Probleme gelöst werden. Mit Softies und Aussteigern, mit staatlichen Dauerpensionären und grauen, angepaßten Mäuschen werden wir die Zukunft nicht gewinnen. Das geht ausschließlich mit Menschen, die sich etwas trauen, die etwas anpacken und denen etwas einfällt, also mit Entschlossenen und Leistungsbewußten, aber auch mit bunten Vögeln und bunten Hunden, die durchaus aus dem Rahmen fallen, unkonventionell und unbequem sind. Solche Leute haben stets das Rad der Geschichte ein Stück weitergedreht. In sie setzen wir unsere Hoffnung. (Allgemeiner starker Beifall. — Landeshymne, gespielt vom Orchester.)

Präsident Feldgrill: Die Gedenksitzung des Steiermärkischen Landtages ist geschlossen. (11.15 Uhr)